

20.04.2022

Stand: 21.04.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Streitkräfte versuchen, mit einer Offensive im Osten die vollständige Kontrolle über die Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk zu erlangen. Die Luftangriffe auf militärische und zivile Ziele werden fortgesetzt, auch durch den Einsatz von Langstreckenflugzeugen.

Regionen Charkiw und Luhansk:

Russische Truppen greifen ukrainische Stellungen bei Isjum an. Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte haben sie in der Nähe des Dorfes Dibriwne einen Teilerfolg erzielt; sie versuchten, das Dorf Dowhenke einzunehmen. Auch in der Nähe des Dorfes Stara Hnylyzia bei Tschuhujiw in der Region Charkiw finden Kämpfe statt.

Die russischen Truppen setzen die teilweise Blockade von Charkiw fort. Mindestens zwei mehrstöckige Gebäude im Stadtteil Saltivka gingen infolge des Beschusses in Flammen auf.

In der Region Luhansk setzt die russische Armee ihre Offensiven fort, um tiefer in Popasna vorzudringen; sie versucht, im westlichen und nordwestlichen Teil von Rubischne Fuß zu fassen, und führt Angriffsaktionen in Richtung des Dorfes Nowotoschkiwske durch. Der Leiter der Militärverwaltung der Region Luhansk, Serhij Haidai, erklärte, dass das russische Militär in der Nacht vom 19. auf den 20. April Wohngebiete in den Städten Hirske und Nowodruschesk (die Stadt liegt in der Nähe von Lyssytschansk) beschossen hat. Ihm zufolge befinden sich 80 Prozent des Gebiets der Region Luhansk unter der Kontrolle des russischen Militärs.

Richtung Donezk und Saporischschja:

Die Luftangriffe auf die Stadt Mariupol werden fortgesetzt. Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte berichtet, dass russische Truppen weiterhin ukrainische Stellungen in der Nähe des Seehafens und des Azow-Stahl-Werks stürmen. Den Truppen der 36. separaten Brigade der Marineinfanterie gelang es zusammen mit Kämpfern des Asow-Regiments, ein Kontingent von Grenzschutzbeamten der Nationalpolizei, die die Verteidigung des Seehafens aufhielten, nach Azow-Stahl zu bringen.

Im nördlichen Donbass führt das russische Militär Aufklärungsmaßnahmen durch und bereitet sich auf die Fortsetzung einer Offensive in Richtung der Stadt Lyman vor. Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung der Region Donezk, Pawlo Kyrylenko, wurden in der Nacht mindestens fünf Zivilisten (drei in Marjinka und zwei in Wuhledar) durch Granatenbeschuss in der Region verletzt. Es konnten auch Informationen über zwei Tote

in Pawliwka und drei weitere Verletzte (in Kramatorsk, Mariupol und Lyman) geklärt werden, die zuvor Opfer des Konflikts geworden waren.

Die russischen Truppen versuchen, tief in die Region Saporischschja vorzudringen. Ein Vertreter der regionalen Militärverwaltung von Saporischschja, Iwan Arefjew, sagte, das russische Militär beschiesse weiterhin Stellungen der ukrainischen Streitkräfte und führe Offensiven in Richtung Pokrowske-Huljajpole durch.

Richtung Dnipro:

Oleksandr Wilkul, Leiter der Militärverwaltung von Krywyj Rih, erklärte, dass russische Truppen am Abend des 20. April die Stadt Selenodolsk und das Dorf Welyka Kostromka in der Region Dnipropetrowsk beschossen haben.

Richtung Süden:

Russische Truppen führen Luft- und Artillerieangriffe auf Stellungen der ukrainischen Streitkräfte an der Grenze der Regionen Mykolajiw und Cherson durch. In der Nähe des Dorfes Oleksandriwka gehen die Kämpfe weiter.

Der Bürgermeister von Mykolajiw, Oleksandr Senkewitsch, berichtete von Explosionen in der Stadt in der Nacht vom 20. zum 21. April.

Informationskonfrontation

Der Leiter der Militärverwaltung der Region Cherson, Hennadij Lahuta, erklärte, dass die Russen in den besetzten Gebieten der Region bis Anfang Mai ein Pseudoreferendum (nach dem Vorbild der 2014 in Donezk und Luhansk durchgeführten Volksabstimmung) vorbereiten. Ihm zufolge hat die Besatzungsverwaltung noch keinen Kandidaten für die Leitung der Region Cherson. Später berichtete das Einsatzkommando Süd, die Russen hätten beschlossen, den Termin für das so genannte Referendum von Anfang Mai auf den 27. April zu verschieben, um die Legitimierung der Besatzungsbehörden zu beschleunigen.

Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte teilte mit, dass die Russische Föderation in der Region Cherson eine Zwangsmobilisierung der örtlichen Bevölkerung für den Krieg mit der Ukraine plant.

HUMANITÄRE LAGE

Die ukrainische Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, erklärte, dass sich die Hauptanstrengungen zur Evakuierung der Bevölkerung aus dem Kriegsgebiet am 20. April auf die Öffnung eines humanitären Korridors aus Mariupol konzentrierten. Trotz aller Bemühungen seitens der Ukraine hat dies jedoch nicht vollständig funktioniert. Nur ein Teil der angekündigten Evakuierungsbusse mit Einwohnern von Mariupol konnte in Richtung Saporischschja abfahren.

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte hat bis zum 19. April 5.121 zivile Opfer in der Ukraine infolge der Aggression der Russischen Föderation gezählt (2.224 Tote, 2.897 Verletzte).

Jugendstaatsanwälte berichten, dass in der Ukraine mehr als 578 Kinder verletzt wurden. Bis zum Morgen des 20. April waren mindestens 205 Kinder getötet und 373 verletzt worden.

Der amtierende Vorsitzende des Dorfrates von Borodjanka, Georgij Jerko, berichtet, dass die Rettungskräfte alle Trümmer aus den Gebäuden in Borodjanka im Gebiet Kyjiw entfernt haben. Die Leichen von 41 Menschen wurden aus den Trümmern geborgen. Die Polizei der Region Kyjiw teilte mit, dass in dem Dorf Borodjanka in der Region Kyjiw zwei Massengräber mit den Leichen von 9 Zivilisten, darunter ein 15-jähriges Mädchen, gefunden wurden.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass die Staatsverschuldung der Ukraine im Jahr 2022 aufgrund einer umfassenden Invasion der Russischen Föderation auf 86,2 Prozent des BIP ansteigen wird.

Das Ministerium für kommunale und territoriale Entwicklung teilt mit, dass das Ministerkabinett die notwendigen Beschlüsse gefasst hat, um den Wiederaufbau oder die Demontage von Gebäuden und Strukturen zu organisieren, die infolge der bewaffneten Aggression Russlands beschädigt wurden.

Nach Angaben des Energieministeriums hat die Ukraine auf einer Sitzung der hochrangigen ständigen Gruppe der Energiegemeinschaft in Wien einen umfassenden Plan vorgeschlagen, um die EU aus der Abhängigkeit von russischen Energieressourcen zu befreien.

Der Pressedienst des Wirtschaftsministeriums teilte mit, dass die Ukraine und Kanada Gespräche über die Ausweitung des Freihandelsabkommens auf den Dienstleistungs- und Investitionssektor nach Beendigung des russisch-ukrainischen Konflikts führen.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, hat Kyjiw einen Besuch abgestattet. Er besuchte Borodjanka (Region Kyjiw), das von den russischen Truppen befreit worden ist. Außerdem traf er mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij zusammen, um die Aussichten für die Integration der Ukraine in die Europäische Union sowie die Sanktionen gegen Russland und die Verteidigungs- und Finanzhilfe der EU für die Ukraine zu erörtern.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba ist zu einem offiziellen Besuch in Bulgarien eingetroffen, wo er mit dem ukrainischen Präsidenten Rumen Radev und dem Präsidenten der bulgarischen Nationalversammlung Nikolay Minchev zusammentraf. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Frieden und Entwicklung in der Schwarzmeerregion sowie die Notwendigkeit, das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu erhöhen, um die weltweite Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Ein internationales Expertengremium unter Leitung des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, Andrij Jermak, und des ehemaligen nationalen Sicherheitsberaters des US-Präsidenten, Botschafter Michael McFaul, legte einen Aktionsplan zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland vor.

Die Finanzminister der G7-Staaten kündigten zusätzliche Unterstützung für die Ukraine in Höhe von über 24 Milliarden Dollar an. Darüber hinaus bestand die Bereitschaft, sie erforderlichenfalls zu erhöhen.

Das US-Finanzministerium hat neue Sanktionen gegen Russland angekündigt. Die Beschränkungen betrafen die Geschäftsbank Transcapitalbank (TCB), ein internationales Netzwerk von mehr als 40 Personen und Unternehmen, das von dem russischen Oligarchen Konstantin Malofejew kontrolliert wird und das zur Umgehung von Sanktionen und zur Ausübung von schädlichem Einfluss genutzt wurde, sowie Unternehmen, die in Russland im Bereich des "Mining" virtueller Währungen tätig sind.

Japan hat Gesetzesvorlagen zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland verabschiedet. Insbesondere wurden die Zollvorschriften geändert, um Japan die Möglichkeit zu geben, Russland den Status des "handelsfreundlichsten Landes" zu entziehen und die Zölle auf russische Einfuhren zu erhöhen. Mit den Änderungen des Devisenkontrollgesetzes soll verhindert werden, dass Personen mit Untersanktionen Krypto-Assets als Schlupfloch für den Transfer ihrer Gelder an Dritte nutzen.

Die russischen Propagandamedien Russia Today und Sputnik sind in Montenegro im Rahmen der Sanktionen, die als Reaktion auf den Einmarsch in der Ukraine gegen Russland verhängt wurden, verboten worden.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat erklärt, dass Deutschland vollständig auf russische Energieimporte verzichten wird. Bis zum Ende des Sommers werden die Importe russischer Kohle eingestellt, bis zum Ende des Jahres wird Deutschland auf Ölimporte verzichten. Baerbock betonte, dass Sicherheit in Europa unter anderem bedeute, die Abhängigkeit von Russland zu durchbrechen, insbesondere in der Energiepolitik. Darüber hinaus ist der Minister der Ansicht, dass der von der Russischen Föderation angezettelte Krieg gegen die Ukraine eine neue Sicherheitsarchitektur erfordert.

Der Senatsvorsitzende des tschechischen Parlaments, Miloš Vystrčil, und der polnische Senatsmarschall Tomasz Grodzki riefen die Parlamente aller zivilisierten Länder der Welt auf, der Ukraine dringend Waffen zu liefern.

Der norwegische Verteidigungsminister Bjorn Arild Gram erklärte, Norwegen habe beschlossen, der Ukraine die Mistral-Flugabwehrraketensysteme zu liefern.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.